

sollten. In Frankreich entstand damals ein Tauziehen zwischen Industrie- und Außenministerium, das schließlich zugunsten des letzteren entschieden wurde, insofern es nämlich zur Aufhebung des bereits unterzeichneten Vertrags kam. -we-

*(6)

China zeigt Präsenz in Afrika: Vier-Länder-Tour des chinesischen Außenministers

Im Vorfeld des drohenden Kriegeausbruchs am Golf trat Außenminister Qian Qichen am 6. Januar eine "Goodwill-Visite" durch Äthiopien, Uganda, Kenia und Tansania an. Hauptbesprechungspunkte waren Fragen bilateraler Beziehungen, vor allem aber die Golfkrise sowie das uralte Lieblingsthema, mit dem China immer sicher sein kann, Beifall zu finden, nämlich die südafrikanische Apartheidpolitik (XNA, 6., 9., 11., 13. und 14.1.91).

Zumindest auf die Kriegslage am Golf und in Somalia hatte der Besuch keinen Einfluß - und konnte ihn wohl auch nicht haben. Schon wenige Tage später zog Beijing seine 244 Experten aus dem vom Bürgerkrieg heimgesuchten Somalia zurück, und zwar via Kenia (XNA, 22.1.91).

Das Außenministerium in Taiwan geht davon aus, daß einer der Hauptzwecke des Besuchs darin bestand, die Länder von einer Annäherung an die Republik China auf Taiwan abzuhalten. Die vier Länder sollen dafür von der Volksrepublik angeblich rd. 20 Mio. US\$ erhalten.

Fast gleichzeitig mit dem Vier-Länder-Besuch des Außenministers wurde bekanntgegeben, daß der chinesische Stellvertretende Außenminister Yang Fuchang vom 17.1. bis 1.2.1991 sechs Länder in der nahöstlich/afrikanischen Region besuchen wolle, und zwar die islamische Republik Iran, die Türkei, Syrien, Sudan, Libyen und die islamische Republik Mauretanien (XNA, 11.1.91).

Ende Januar kam zusätzlich eine Delegation des chinesischen Gewerkschaftsbundes nach Addis Abeba (XNA, 27.1.91).

Gebündelte Afrikareisen haben eine alte Tradition in der chinesischen Außenpolitik, die durch Zhou Enlai be-

gründet wurde. Mit dem Besuch hat Beijing zumindest bekundet, daß es in Afrika weiter präsent sein will - ein psychologisch nicht unwichtiges Signal in einer Zeit, die den Schwarzen Kontinent immer mehr in "Vergessenheit geraten" läßt. -we-

Innenpolitik

*(7)

Strafverfahren gegen prominente Teilnehmer der Protestbewegung von 1989

Über 20 Monate nach ihrer Verhaftung wurden in Beijing im Januar 1991 die Strafverfahren gegen 35 mehr oder weniger prominente Teilnehmer der Protestbewegung von 1989 abgeschlossen. 12 Personen wurden zu Haftstrafen zwischen zwei und sieben Jahren verurteilt; die restlichen 23 wurden auf freien Fuß gesetzt, und zwar in 5 Fällen auf Gerichtsbeschuß, in 11 Fällen auf Beschuß der Staatsanwaltschaft und in 7 Fällen auf Beschuß der Sicherheitsorgane. Wie es in einer Mitteilung des Gerichts hieß, wird die Zeit der Untersuchungshaft auf die Gesamtstrafe angerechnet.

Zu den Prozessen war offenbar nur eine ausgesuchte Öffentlichkeit zugelassen, darunter z.T. auch die Verwandten der Verurteilten. Unabhängige Prozeßbeobachter wurden wie üblich nicht zugelassen. Folgende Teilnehmer der Protestbewegung wurden im Januar 1991 in Beijing vor Gericht gestellt, zu Haftstrafen verurteilt oder auf freien Fuß gesetzt:

- Bao Zunxing: Am 26. Januar 1991 in Beijing zu 5 Jahren Haft und 2 Jahren Aberkennung der politischen Rechte verurteilt. Der frühere Wissenschaftler am Institut für Geschichtswissenschaften der Akademie der Sozialwissenschaften hatte die Forderungen von Studenten nach einer Demokratisierung von Beginn an tatkräftig unterstützt und zählte zu den aktivsten Intellektuellen auf seiten der Protestbewegung.

- Chen Lai: Am 26. Januar 1991 in Beijing wegen relativer Geringfügigkeit der begangenen Straftaten und

aufgrund reumütiger Haltung von weiterer Strafverfolgung ausgeschlossen und freigelassen. Siehe unter Guo Haifeng.

- Guo Haifeng: Am 26. Januar 1991 in Beijing zu 4 Jahren Haft und 1 Jahr Entzug der politischen Rechte verurteilt. Guo war einer der Führer des "Autonomen Studentenverbands Beijing". Er wurde zusammen mit Chen Lai, Li Chenghuan und Yao Junling der "konterrevolutionären Sabotage" für schuldig befunden. Die vier seien am frühen Morgen des 4. Juni mit einem Fahrzeug [Bus?] auf den Tiananmen-Platz gefahren, um dort mit Hilfe von mitgeführten selbstgemachten Molotow-Cocktails Armeefahrzeuge in Brand zu setzen. (Zu diesem Vorfall siehe D.Fischer, R.Cremerius, P.Schier, *Studentenprotest und Repression in China, April - Juni 1989*, 2. erw. Auflage, Hamburg 1991, S. 441, 442-443.) Da die vier Angeklagten ihre Straftaten ehrlich gestanden und Reue gezeigt hätten und da ihre Handlung nicht schwerwiegende Folgen gehabt hätte, habe sich das Gericht für eine "milde" Bestrafung entschieden. Guo Haifeng wurde vom Gericht als Hauptschuldiger in diesem Fall bezeichnet.

- Kong Xianfeng: Am 5. Januar 1991 in Beijing zu 3 Jahren Haft und 1 Jahr Aberkennung der politischen Rechte verurteilt.

- Li Chenghuan: Am 26. Januar 1991 in Beijing wegen relativer Geringfügigkeit der begangenen Straftaten und aufgrund reumütiger Haltung von weiterer Strafverfolgung ausgeschlossen und freigelassen. Siehe unter Guo Haifeng.

- Li Yuqi: Am 5. Januar 1991 in Beijing wegen relativer Geringfügigkeit der begangenen Straftaten und aufgrund reumütiger Haltung von weiterer Strafverfolgung ausgeschlossen und freigelassen. Student an der Qinghua-Universität.

- Liu Xiaobo (35): Am 26. Januar 1991 in Beijing freigelassen. Liu habe sich, so das mittlere Volksgericht von Beijing, zwar "schwerer Verbrechen" schuldig gemacht, indem er verschiedene Methoden benutzt habe, um die Massen aufzuwiegeln, die Regierung und die sozialistische

Ordnung zu stürzen. Andererseits habe er am Morgen des 4. Juni 1989 die Studenten und Bürger davon überzeugt und organisiert, vor dem Eintreffen der Truppen den Tiananmen-Platz zu verlassen, und er habe Rowdies am Einsatz von Waffen gehindert. Dieses verdienstvolle Verhalten und die Tatsache, daß er seine Schuld eingestanden und Reue gezeigt habe, habe das Gericht bewogen, Milde walten zu lassen und Liu Xiaobo strafrechtlich nicht zu belangen.

Tatsächlich kommt Liu Xiaobo zusammen mit Hou Dejian, Zhou Duo und Gao Xin das große Verdienst zu, kurz vor der Besetzung des Geländes um das Heldengedenkmal durch VBA-Einheiten die dort verbliebenen 3.000 - 5.000 Studenten zum Abzug bewegt zu haben. Wäre dies nicht geschehen, hätte es auf dem Tiananmen-Platz möglicherweise ein großes Blutbad gegeben. Insofern müßte die politische Führung den genannten vier Intellektuellen eigentlich dankbar sein, denn sie verhinderten Anfang Juni 1989 eine noch größere Tragödie. (Zur Problematik der Räumung des Tiananmen-Platzes in den frühen Morgenstunden des 4. Juni siehe ebenda, S. 450-479.)

Die Tatsache, daß der mittlere Volksgerichtshof von Beijing dieses Verdienst von Liu Xiaobo positiv würdigen durfte, ist bemerkenswert.

- Ma Shaofang (27): Am 5. Januar 1991 in Beijing zu 3 Jahren Haft und 1 Jahr Aberkennung der politischen Rechte verurteilt. Student an der Filmhochschule, Beijing.
- Pang Zhihong: Am 5. Januar 1991 in Beijing wegen relativer Geringfügigkeit der begangenen Straftaten und aufgrund reumütiger Haltung von weiterer Strafverfolgung ausgeschlossen und freigelassen. Student an der Qinghua-Universität.
- Ren Wandong (47): Am 26. Januar 1991 in Beijing zu 7 Jahren Haft und 3 Jahren Aberkennung der politischen Rechte verurteilt. Ren Wandong ist ein langjähriger Aktivist der demokratischen Bewegung in China. Am 1. Januar 1979 gründete er mit 8 weiteren Personen den "Chinesischen Bund für Menschenrechte".

Am 4. April 1979 wurde Ren verhaftet und auf administrativem Weg mit 4 Jahren "Erziehung durch Arbeit" bestraft. Im Frühjahr 1989 schloß sich Ren den Forderungen nach einer Demokratisierung und nach Freilassung der demokratisch orientierten politischen Gefangenen an und trat als Redner auf verschiedenen studentischen Veranstaltungen auf. Eine Führungsrolle in der Protestbewegung scheint Ren jedoch nicht ausgeübt zu haben. Trotzdem wurde Ren nach der blutigen Niederschlagung der Bewegung verhaftet. Das mit 7 Jahren Haft sehr hohe Strafmaß wurde damit begründet, daß Ren Wandong "schwerwiegende Verbrechen" begangen und keine Reue gezeigt habe.

- Wang Dan (26): Am 26. Januar 1991 in Beijing zu 4 Jahren Haft und 1 Jahr Aberkennung der politischen Rechte verurteilt. Wang Dan war neben dem ins Ausland geflüchteten Wu'er Kaixi der prominenteste Studentenfürher. In der Anklageschrift wurde Wang als einer der Anstifter, Drahtzieher, Organisatoren und Anführer der Unruhen des Jahres 1989 bezeichnet. Er habe eine wichtige Rolle beim Aufruhr gespielt und gegen Artikel 90 und 102 des Strafgesetzbuches verstoßen, d.h. konterrevolutionäre Verbrechen begangen. Die Konsequenzen seines Handels seien schwerwiegend gewesen. Einem offiziellen Bericht zufolge stimmte Wang Dan der Anklageschrift in allen Punkten zu, wobei er allerdings seine Motive und Zielsetzung verteidigte. Das mittlere Volksgericht Beijing schloß sich mit seinem Urteilspruch der Argumentation des Staatsanwalts an, der auch auf mildernde Umstände hingewiesen hatte, nämlich daß Wang Dan noch jung sei, seine Verbrechen ehrlich gestanden und Reue gezeigt habe, indem er z.B. gegen andere Führer der Protestbewegung ausgesagt habe. Mit der Darstellung, Wang habe enthüllende Informationen über seine früheren Mitstreiter geliefert, wurde er von den offiziellen Medien praktisch als Denunziant abgestempelt.

- Wang Youcai (25): Am 5. Januar 1991 in Beijing zu 4 Jahren Haft und 1 Jahr Aberkennung der politischen Rechte verurteilt. Student der Bei-

jing-Universität und Sekretär des "Autonomen Studentenverbands Beijing".

- Xue Jian'an: Am 5. Januar 1991 in Beijing zu 2 Jahren Haft und 1 Jahr Aberkennung der politischen Rechte verurteilt.
- Yao Junling: Am 26. Januar 1991 in Beijing zu 2 Jahren Haft und 1 Jahr Aberkennung der politischen Rechte verurteilt. Siehe unter Guo Haifeng.
- Zhang Ming (26): Am 5. Januar 1991 in Beijing zu 3 Jahren Haft und 1 Jahr Aberkennung der politischen Rechte verurteilt. Student an der Qinghua-Universität.
- Zhang Qianjin: Am 5. Januar 1991 in Beijing zu 2 Jahren Haft und 1 Jahr Aberkennung der politischen Rechte verurteilt.
- Zheng Xuguang (22): Am 5. Januar 1991 in Beijing zu 2 Jahren Haft verurteilt. Student an der Hochschule für Luft- und Raumfahrt.
- Weitere 18 Personen, die "Verbrechen" in Zusammenhang mit den Unruhen begangen haben sollen, wurden am 26. Januar oder kurz davor ohne Strafverfahren entlassen, da sie nur geringe Vergehen begangen, Reue gezeigt und "wertvolle Dienste" geleistet hätten, wie die Nachrichtenagentur Xinhua meldete. Bei den 18 handelt es sich u.a. um:
 - Chen Po
 - Chen Wei
 - Ding Xiaoping, Studentenfürher an der Beijing-Universität
 - Liu Suli, Dozent der Hochschule für Politik und Recht
 - Lu Jiamin
 - Wen Jie
 - Xiong Yan (27), Studentenfürher an der Beijing-Universität und des "Autonomen Studentenverbands Beijing"
 - Zhang Wei
 - Zhou Yongjun, Mitglied des Ständigen Ausschusses des "Autonomen Studentenverbands Beijing"
- Weitere 45 Personen, die sich während der Protestbewegung kleinerer "Verbrechen" schuldig gemacht und Reue gezeigt hätten, seien bereits in den letzten Monaten von den Sicherheitsbehörden wieder auf freien Fuß gesetzt worden, berichtete die

Nachrichtenagentur Xinhua. Umfassende Zahlengaben über die nach dem 4. Juni 1989 verhafteten, verurteilten, bestraften und wieder auf freien Fuß gesetzten Personen liegen nach wie vor nicht vor.

(Quellen: XNA, 6. u. 26.1.91; RMRB, 6. u. 27.1.91; NZZ, 8.1.91; Wen Hui Bao, Hong Kong, 28.1.91, nach SWB, 30.1.91; BRu, 5/1991, S. 28-29; FAZ, 28.1.91; SZ, 28.1.91 u.a.)

Das sehr unterschiedliche Strafmaß für die verurteilten Oppositionellen ist Bestandteil einer alten Taktik der chinesischen Kommunisten im Umgang mit politischem Protest, die insgesamt folgende Maßnahmen umfaßt:

1. Die große Mehrheit der friedlichen Teilnehmer der Protestbewegung wird zu politisch Verführten erklärt, die eigentlich gute Absichten gehabt hätten, jedoch unter den Einfluß von "schlechten" Elementen geraten seien. Gegenüber dieser großen Mehrheit werden keine Repressalien angewendet.
2. Gegen gewalttätige Demonstrationen, vor allem aus dem Bereich der unteren sozialen Schichten, wird mit aller Härte vorgegangen.
3. Eine relativ kleine Anzahl von Personen wird als Gruppe der Aktivisten des Protests eingestuft. Diese Gruppe umfaßt im wesentlichen Intellektuelle, Studenten und einige gebildete Arbeiter. Sie wird wiederum in zwei Personenkreise unterteilt:
 - 3.1. Eine relativ große Zahl von Aktivisten, die nicht oder nur eine kurze Zeit lang festgenommen werden, jedoch an ihrem Studien- und Arbeitsplatz zur Rechenschaft gezogen werden, bis hin zum Studien- bzw. Berufsverbot.
 - 3.2. Eine relativ kleine Zahl von "schlechten Elementen" wird als Verführer der Massen und Hintermänner des Protests eingestuft und verhaftet. Auch diese Gruppe wird wiederum aufgesplittert:
 - 3.2.1. Die in der Öffentlichkeit nicht bekannten Oppositionellen werden in öffentlich nicht bekanntgemachten Gerichtsverfahren zu relativ hohen Haftstrafen verurteilt oder verschwinden ohne Prozeß für bis

zu vier Jahre zur "Erziehung durch Arbeit" in einem Arbeitslager.

- 3.2.2. Die prominenten Oppositionellen werden in Prozessen vor einer ausgesuchten Öffentlichkeit zu unterschiedlichen Haftstrafen verurteilt:
 - 3.2.2.1. Einige wenige Führer der Protestbewegung, die an ihren "falschen" Ansichten festhalten und keine "Reue" zeigen, werden zu sehr hohen Haftstrafen verurteilt. Das gleiche gilt für Wiederholungs-täter.
 - 3.2.2.2. Jene, die die ihnen zur Last gelegten Straftaten zugeben und "Reue" zeigen, werden zu relativ niedrigen Haftstrafen verurteilt.
 - 3.2.2.3. Noch geringer sind die Strafen für solche, die den Sicherheitsbehörden bei der Verfolgung anderer Oppositioneller behilflich sind und von der Führung als Denunzianten dargestellt werden können.

Ziel dieser sehr differenzierten Behandlung der Teilnehmer einer Protestbewegung ist die Spaltung der Opposition und des an diesem Thema interessierten Teils der Öffentlichkeit. -sch-

***(8)
Freilassung einiger prominenter demokratisch orientierter Intellektueller**

Ende Dezember 1990/Anfang Januar 1991 sind einige prominente demokratisch orientierte Intellektuelle aus der Haft entlassen worden, die im Anschluß an die blutige Niederschlagung der Protestbewegung festgenommen worden waren. Es handelt sich um

- den Juristen Yu Haocheng (65),
- den Gesellschaftswissenschaftler Cao Siyuan,
- den Dichter Ye Wenfu (46),
- Hou Xiantian, Ehefrau des inhaftierten Sozialwissenschaftlers und Zeitungsverlegers Wang Juntao,
- den Wirtschaftswissenschaftler Bai Nanfeng und
- Wen Yuankai, Professor an der Chinesischen Universität für Wissenschaft und Technik.

(AW, 25.1.91, S. 33; HAb, 9.1.91; Ming Bao, 24.12.90, nach SWW, 31.12.90).

Es ist nach wie vor nicht bekannt, wieviele Personen nach dem 4. Juni 1989 aus politischen Gründen insgesamt verhaftet wurden, und wieviele dieser Inhaftierten mittlerweile auf freien Fuß gesetzt oder zu Haftstrafen verurteilt bzw. mit "Erziehung durch Arbeit" administrativ bestraft worden sind. -sch-

***(9)**

Zwei neue Minister

Auf der 17. Sitzung des VII. Nationalen Volkskongresses, die am 28. Dezember 1990 zu Ende ging, wurden zwei neue Minister ernannt:

- Tao Siju (1935) zum Minister für öffentliche Sicherheit und
- Li Lanqing (1932) zum Minister für Außenwirtschaft und -handel.

Beide hatten bisher die Position eines stellvertretenden Ministers in dem betreffenden Ministerium inne. Ihre Vorgänger Wang Fang (1920) und Zheng Tuobin (1924) schieden wahrscheinlich aus Altersgründen aus ihren Ämtern aus. -sch-

Kultur

***(10)**

Schwerpunkte der Erziehungsarbeit für 1991

Am 26. Januar 1991 wurde eine viertägige Konferenz der Staatlichen Erziehungskommission beendet. Auf der Konferenz wurden die Schwerpunkte der Erziehungsarbeit für das Jahr 1991 festgelegt sowie die Vorschläge für den Zehnjahresplan und den achten Fünfjahresplan für das Erziehungswesen ausgearbeitet. Die Schwerpunkte der Arbeit für 1991 lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Anhebung des ideologisch-politischen und des fachlichen Niveaus der Lehrer und Schüler; Stabilisierung der Erziehungsarbeit; Verbesserung der Qualität der Erziehung und der Effizienz der Schulen.

Einig war man sich darüber, daß die Entwicklung des Erziehungswesens Priorität erhalten müsse. Deshalb wurden alle örtlichen Regierungen aufgerufen, mehr im Erziehungswesen zu